

Danziger Zeitung.

Nr. 12758.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interesse kosten für die Zeitung.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. April. Der Reichstag begann wieder seine Sitzungen. Ein vom Präsidenten verlesenes Schreiben des russischen Botschafters dankt Namen des russischen Kaisers dem Reichstag für die von demselben ausdrücklich des Todes des Kaisers Alexander II. bewiesene Theilnahme. Auf die Interpellation Heyl über den Zustand des Rheinstromes antwortet Minister v. Bötticher: Der frühere Plan, den Strom nur durch Baggerschiff zu regulieren, sei aufgegeben. Zunächst sei für die Strecke Mainz-Bingen ein neues Project ausgearbeitet, welches der preußischen und der hessischen Regierung vorliege und voraussichtlich deren Billigung finden werde. Mit der Weiterarbeit warte die Commission auf die Ergebnisse der neuen preußischen Stromschiffahrtskommission, welche zu den besten Hoffnungen berechtigt. Die Regierung hoffe in kürzester Zeit Abhilfe zu schaffen. Bei der Besprechung der Interpellation betonten die Abg. Schröder und Frhr. v. Nordeck zur Rabenau die Einheitslichkeit der Regulierung des ganzen Stromlaufs und ein Zusammengehen mit Holland. Bei der hierauf folgenden ersten Beratung der Vorlage über die Geschäftsprache des Landesausschusses in Elsaß-Lothringen, welche schließlich am morgen vertagt wurde, hob Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr hervor, der Vorlage liege jede feindselige Tendenz gegen den Landesausschuss fern, der jetzige Zustand sei aber unhaltbar. Ein fernerer Schritt zur Germanisierung sei durchaus nothwendig.

Nach Schluß der Redaktion eingegangen.

Paris, 26. April. Aus Vena wird gemeldet: „Surveillante“ bombardierte und zerstörte gestern das Fort auf der Insel Tabarka; die Truppenlandung erfolgte wahrscheinlich Vormittags. Die Colonne Legerot traf gestern 8 Kilometer von Kef ein und wollte hente Kef blockieren.

Nationalliberale Praktiker.

So wunderbar es klügt, die Thatache ist nicht in Abrede zu stellen, daß mit dem Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ gegen den auf Antrag v. Bennigen's gefassten Beschuß der Reichstags-Commission für den Gesetzentwurf, betreffend die Änderung der Reichsverfassung, eine energische Action der Offiziösen eingeleitet worden ist, welche gar kein anderes Ziel hat, als den erneuten Anschluß der nationalliberalen Partei an den Reichskanzler. Der Ausgangspunkt dieser Action ist an sich schon charakteristisch genug. Der Gesetzentwurf wegen Änderung der bekannten zwei Artikel der Reichsverfassung ist von der nationalliberalen Partei schon im vorigen Jahre mit großer Entscheidtheit bekämpft worden, einmal wegen der Schwächung des Budgetrechts des Reichstags, welche die Einführung zweijähriger Etats nach sich ziehen würde, und dann weil die nothwendige Consequenz einer solchen Neuerung die sein würde, daß der Reichstag, selbst wenn an der jährlichen Berufung derselben festgehalten würde, in der Session, in welcher ein Budget nicht festgestellt wird, in seiner Thätigkeit ganz und gar von dem Befehl der Reichsregierung abhängig sein würde. Der Reichskanzler wäre in der Lage, jeden ihm unbedeutenen Beschuß des Reichs-

tages durch die Schließung der Session zu verhindern. Schon die Wiedereinbringung dieses Gesetzentwurfs ist auf nationalliberaler Seite als ein direct gegen die Nationalliberalen gerichteter Schlag betrachtet worden; und jetzt, nachdem eine Commission diese Vorlage bedingungslos abgelehnt und mit großer Majorität vorgeschlagen hat, dem ursprünglichen Antrage des Abg. Nicht entgegnet die Berufung des Reichstages vor dem Landtag zu verlangen, mutet der Reichskanzler den Nationalliberalen zu, sich rückhaltlos seiner bewährten Führung anzuvertrauen und das Gesetz anzunehmen. Bewährt hat sich in diesem Falle nur die Auffassung des Halle'schen Abgeordneten Professor Boretius, daß die Rückseite der großen Energie des Reichskanzlers die — Rücksichtslosigkeit sei.

Dieselbe Beobachtung konnte man unschwer auch gelegentlich der weiteren Versuche der reichskanzlerischen Presse machen, den Herrn v. Bemmigen und Genossen die Unterstützung der Politik des Fürsten Bismarck ans Herz zu legen. Der von den Parteiorganen absolut ignorirte Artikel der „Grenzboten“ über das Unfallversicherungsgesetz verteidigte mit großer Wärme die Vorlage, namentlich insofern dieselbe auch von den Rednern und der Presse der nationalliberalen Partei bekämpft worden war. Der Artikel enthält aber auch nicht die entfernteste Andeutung, daß der Reichskanzler gewillt sei, durch Zugeständnisse an die Auffassung der nationalliberalen Partei die Bedenken der letzteren gegen die Vorlage abzuschwächen. Im Gegenteil, er konzentrierte seine Anstrengungen darauf, die Nationalliberalen zu überzeugen, daß ihr Widerstand die Consequenz der ihnen noch tief im Blut sijdenden „Manchestertheorie“ und daß es die höchste Zeit sei, diesem alten Irrthum endlich abzuhören und die staatsfeindliche Theorie ausgeschließlich den Herren Bamberg und Gen. zu überlassen.

Unter diesem Gesichtspunkte muß man die Aufforderung der „Prov.-Corr.“ an den Herrn v. Bemmigen verstehen, aller Unklarheit ein Ende zu machen und zu gemeinsamer praktischer Thätigkeit mit dem Reichskanzler zurückzukehren. Die Aufforderung läuft nur darauf hinaus, daß die nationalliberale Partei in den constitutionellen, sowie politischen und Steuerfragen auf ihren Widerstand gegen die Absichten des Reichskanzlers verzichten solle.

Aus der Thatache, daß die nationalliberale Presse diese Zumuthungen bisher nicht ausdrücklich zurückgewiesen hat, wird man allerdings keine voreiligen Schlüsse ziehen dürfen. Das aber ist zweifellos, daß es in der Fraction an Elementen nicht fehlt, für welche der Gedanke, bei den nächsten Neuwahlen unter der Fahne des Reichskanzlers zu fechten, etwas außerordentlich Verföhnerisches hat. Auf der anderen Seite aber ist es notorisch, daß eine Schwenkung der Parteführer in dieser Richtung vor Allem die seit 6 Monaten sorgfältig behütete Einheit der Fraction in Frage stellt und zu einer neuen Secession führen würde. Man weiß, welche Opfer gebracht worden sind, ein solches Ereignis zu verhüten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat kürzlich Herrn v. Bemmigen den deutlichen Vorwurf gemacht, daß er nach der Secession eine „Schwenkung nach links“ gemacht habe, und diese Behauptung ist ja nicht ganz unzutreffend. Diese „Schwenkung nach links“ war von dem Trieb der Selbstverhaltung geboten. Aber

man weiß, daß die leitenden Organe der Partei von Anfang an bestrebt gewesen sind, in allen Fällen, in denen die Haltung der Nationalliberalen mit jenen ihrer früheren Genossen übereinstimmt, urbi et orbi begreiflich zu machen, daß, wie der Lateiner sich ausdrückt, duo si faciunt idem, non est idem. Keine Gelegenheit blieb unbenußt, wenn sie benutzt werden konnte, den Secessionisten den Vorwurf der „radicalen Opposition“ zu machen und zu insinuieren, daß im Grunde Fortschritt und Secession nur verschiedene Namen für dieselbe Sache seien.

Der eigentliche Zweck dieser Taktik kann gar nicht zweifelhaft sein: es handelt sich lediglich darum, die Secessionisten in den Augen der ihnen nahestehenden Mitglieder der nationalliberalen Fraction zu discreditiren, während man den Anforderungen des secessionistischen Programms nach Möglichkeit Rechnung trug.

Es ist begreiflich, daß das „rücksichtslose“ Verlangen des Reichskanzlers, die nationalliberale Partei möge endlich Farbe bekennen, die Ruhe dieser Fractionsspitze in unangenehmer Weise stört. Sie wissen, daß sie nur von und durch Nothbehelfe leben und daß das Eingreifen des Reichskanzlers die Maschen des sein gesponnenen Netzes zu zerreißen droht. Vor allem deshalb, weil die Politik des Reichskanzlers darauf ausgeht, diejenigen Elemente der Fraction zu stärken, welche von vornherein der „Schwenkung nach links“ Widerstand entgegengesetzt haben und deren „Drängen nach rechts“ die Erfolge der seit sechs Monaten begonnenen Politik des Lavirens in Frage zu stellen droht.

Wenn es dem Reichskanzler in der That darum zu thun wäre, eine liberale „Mittelpartei“ zu conserviren, welche die Aufgabe hätte, den Zusammensatz der Parteien von rechts und links abzuschwächen und durch Compromisse die Reichspolitik zu fördern, so müßte er allerdings bestrebt sein, der Taktik der Herrn v. Bemmigen und Gen. Vorschub zu leisten, anstatt dieselbes unmöglich zu machen. Aber alle Kundgebungen, welche von dem Reichskanzler ausgehen, beweisen, daß derje fernerhin nicht gewillt ist, mit Mittelparteien, die weder „Ja“ noch „Nein“ sagen können, zu rechnen; sondern daß seine Politik des j'y suis, j'y reste sich den Fractionen gegenüber in den Worten besagt: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

Deutschland.

Berlin, 25. April. Die Erinnerung an die Thatache, daß preußischerseits im Jahre 1876 schon einmal eine Erhöhung des Betrages der Reichssilbermünzen von 10 auf 15 M. pro Kopf der Bevölkerung in Vorschlag gebracht worden, wird von anderer Seite dahin ergänzt, daß diese Absicht noch heute diejenige des Reichskanzlers sei; daß demnach die in der Deckschrift über die deutschen Münzverhältnisse, welche der Pariser Münzkonferenz vorgelegt ist, erörterte Erhöhung des Sakes von 10 auf 12 M. nur eine provisorische Maßregel sei. Inwiefern das richtig ist, entzieht sich zur Zeit der Beurtheilung. Eine Erhöhung des Betrages der Reichssilbermünzen um 250 Mill. M. würde aber bei der jetzigen Stellung der Parteien schwerlich die Zustimmung des Reichstags finden, da auch die Anhänger der Doppelwährung diesen Weg für bedenklich erachten. Es ist indessen nicht zu übersehen, daß, wenn früher von der

Erhöhung des Sakes von 10 auf 15 M. pro Kopf die Rede war, dieses immer nur unter der doppelten Voraussetzung geschah, daß gleichzeitig die Einziehung der Silberthaler erfolge und daß auch die in Umlauf befindlichen Reichsklassenscheine zu 5 M., welche sich ohnehin zum größten Theilständig in den Kassen der Bank befinden, eingezogen und durch größere Appoints ersetzt würden. — Es ist sehr bemerkenswert, daß die heutige „Volkszeitung“ sich vollständig der Beurtheilung angeschlossen hat, welche die „Nat.-Ztg.“ der Absicht des Centralwahlcirkels der Fortschrittspartei hat angedeihen lassen, einzelnen Abgeordneten die Annahme eines Mandats zum Reichstage durch Zuweisung einer Geldentschädigung zu ermöglichen. Die „Volkszeitung“ erachtet es allerdings als nicht ausgeschlossen, daß das Centralcomite die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel besser beurtheilen könne, als sie selbst.

Die Angaben über den Termin, bis zu welchem der tatsächliche Eintritt Hamburgs in den Zollverein erfolgen soll, bewegen sich meist um die Differenz von 5 Jahren. Es ist bekannt, daß der Reichskanzler im vorigen Jahre bei den Beratungen über den Zollanschluß Altona's einen Zeitraum von sechs Jahren als den in Aussicht zu nehmenden in Vorschlag gebracht hat, während hamburgischerseits ein Zeitraum von 10 Jahren als Übergangsfrist in Anspruch genommen wurde. Angesichts der großen Hafen- und Entrepothäuser, welche auch seitens der Reichsregierung als erforderlich betrachtet werden, dürfte es schwer sein, von vornherein einen definitiven Termin für den Zollanschluß festzustellen. Wie man hört, ist die Herstellung der erforderlichen Bauten seitens des Reiches bisher nicht in Aussicht genommen. Wenn Hamburg die Vorbereitungen für den Zollanschluß selbst in die Hand nimmt, würde seitens des Reiches ein Zufluss geleistet werden, welcher hamburgischerseits bei den Verhandlungen auf 25 bis 30 Millionen Mark veranschlagt war.

Berlin, 25. April. Die Befürchtung, daß das Plenum des Reichstags in nächster Zeit nicht hinreichend beschäftigt sein werde, ist nicht gerade dringend. Zunächst stehen noch aus die ersten Leistungen des Gesetzentwurfs betreffend die Bezeichnung des Raumgehaltes der Gefäße, in welchen Flüssigkeiten zum Verkauf kommen; des Gesetzentwurfs betreffend die öffentliche Verhandlungen und die Geschäftsprache des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen; des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung von Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Geldstrafeordnung für Gerichtsvollzieher; des Gesetzentwurfs betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen für das Statthalter Jahr 1880/81; des neuen Gesetzentwurfs betreffend Änderungen der Gewerbeordnung und endlich der Denkschrift über die Handelsmarine. Ferner die zweite Beratung der Brauerei- und der Wehrsteuer-Vorlage; die Berichte der Commissionen über den Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der Dienstrohohungen der Reichsbeamten und über die Vorlage wegen Änderung der Reichsverfassung.

Berlin, 25. April. In der am 21. April in Halle abgehaltenen Versammlung des nationalliberalen Vereins hat gegenüber den Ausführungen des Gymnasiallehrers Dr. Richter über die Veranlassung der Secession der Landtagakademie Justizrat Siegler nach dem Bericht der „Magdeburg. Ztg.“ folgenden Einwurf gemacht: „Wenn auch die Bestimmung, welche die Spaltung der nationalliberalen Partei in der vorjährigen Session des Landtags bei der Beschlusnahmen über die Revision der Maigesetze hervorgerufen habe, eine Veranlassung der Secession nicht gewesen sei, so habe doch gerade in der letzten Session sich gezeigt, daß während die Nationalliberalen gegen den Windhorst'schen Antrag, der ebenso wie ein Vorgehen, eine

Ich küsse die Hand, welche sie mir gereicht hatte mit drüberlicher Hartlichkeit.

„Der Knabe“, sagte ich, „fühlte eine dankbare Anhänglichkeit für meine Frau. Er weigerte sich, seinen Platz an der Seite ihres Bettes zu verlassen, als sie ihr Beleidigung dem Rector dictirte. Da er der englischen Sprache nicht mächtig, war kein Grund vorhanden, ihm nicht zu willfahren. Während des Schreibens richtete er mehrere Male Fragen an den Rector, welche diesem lästig wurden. Um ihn zum Schweigen zu bringen, sagte ihm meine Frau, sie mache ihr Testament. Er hatte zu verschiedenen Gelegenheiten genug darüber gehört, um das Wollen eines Testaments mit Geldgeschenken in Verbindung zu bringen und die Erklärung meiner Frau, daß sie ihr Testament mache, befriedigte und beruhigte ihn.“

„Vorstand der Rector, was Ihre Frau dem Knaben sagte?“ fragte Stella.

„Ja. Gleich vielen anderen Engländern in seiner Stellung; obgleich er die französische Sprache nicht sprechen konnte, so konnte er dieselbe lesen und auch verstehen, wenn sie von Andern gesprochen wurde. Nach dem Tode meiner Frau war er gütig genug, den Knaben der Sorge seiner Haushälterin anzuvertrauen. Sie hatte ihre Jugend auf der Insel Martinique zugebracht und konnte sich mit dem freudlosen Fremden in seiner Muttersprache unterhalten. Bei seinem Verschwinden war sie die Einzige, welche einige Ausklärung über seine Motive, die Papiere zu schulen, geben konnte. An dem Tage, wo er in das Haus kam, erktappte sie ihn, wie er durch das Schloßloch der Thür des Arbeitszimmers lugte. Er muß gesieben haben, wohin das Beleidigung gelegt worden und die Farbe des almodischen, blauen Papiers, auf das es geschrieben war, mache es ihm nur noch kenntlicher. Am nächsten Morgen, während der Abwesenheit des Rectors, brachte er das Schriftstück der Haushälterin und forderte sie auf, ihm dasselbe in's Französische zu übersetzen, damit er erfahren, wie viel Geld ihm in dem Testamente vermacht worden sei. Sie schalt ihn eindringlich, zwang ihn das Schreiben wieder auf den Schreibtisch zu legen, wo er es gefunden hatte und drohte ihm, es dem Rector zu sagen, wenn er die Unart wiederholen würde. Er ver sprach Befferung und die gutmütige Frau glaubte ihm. Zwei Tage später fand man die Thür des Verchlusses, worin die Papiere aufbewahrt waren, verschwunden.“

Der schwarze Rott

von Willie Collins.
Aus dem Englischen übersetzt von J. v. Voettcher.

(Fortsetzung.)

Es war eine schwere Aufgabe für einen Mann wie ich, der nicht daran gewöhnt ist, die Gegebenheiten in regelrechter Reihenfolge zu berichten; aber es blieb mir nichts Anderes übrig, wie ihr die lange Geschichte des Diebstahl und der Wiedererlangung der Papiere zu erzählen. Soweit Vater Benwell dabei beteiligt war, fand sie ihren Verdacht bestätigt. Außerdem aber erregte das, was ich ihr von dem französischen Knaben mitteilte, ihre lebhafte Theilnahme.

„Alles, was mit jenem armen Geschöpfe in Verbindung steht“, sagte sie, „hat ein grauenvolles Interesse für mich.“

„Kannst du ihn?“ fragte ich einigermaßen erstaunt.

„Ich kannte ihn und seine Mutter auch“, erwiderte sie. „Später sollen Sie erfahren, wie ich ihre Bekanntschaft gemacht habe. Ich glaube, ich hatte ein Vorgefühl, daß der Knabe mir unheilvolle Werke verüben würde. Eedenfalls, als ich ihn einmal zufällig beobachtete, zitterte ich, als hätte ich eine Schlange angefaßt. Sie werden mich vielleicht für übergläubisch halten, aber nach dem, was Sie mir erzählt haben, ist der Knabe wirklich die indirekte Ursache meines Unglücks.“

„Was ist mit jenem armen Geschöpfe in Verbindung steht?“, fragte sie, „hat ein grauenvolles Interesse für mich.“

„Ich kannte ihn und seine Mutter auch“, erwiderte sie.

„Darf ich es nicht hören?“ fragte sie.

„Dies zwang mich, offen gegen sie zu sein. Wenn ich das wiederholen soll, was der Rector mir erzählte, so muß ich auch von meiner Frau sprechen.“

„Sie haben mich bemitleidet und mir verziehen“, entgegnete sie, meine Hand ergreifend. „Sprechen Sie von ihr, Bernard, und glauben Sie um Gottes willen nicht, daß mein Herz härter ist, wie das Ihre.“

Die Darstellung der auch im vorigen Winter mit Erfolg gegebenen Oper ging recht flott von Statten. Man merkte es den Mitwirkenden an, daß die dankbaren Rollen ihnen selbst Vergnügen machen. Die Bemerkung, daß eine oder die andere Rolle noch zu einem höheren Grade von Witlung gebracht werden könnte, daß dem Grafen vielleicht eine elegantere Tochter, der Baronin mehr Leichtigkeit, dem Baculus eine Zugabe von naturnäsigem Humor nützlich gewesen wäre, hebt das günstige Gesamtresultat der Vorstellung nicht auf, die in dem Baron Kronthal des Herrn Stolzenberg wieder, wie auch in der vorjährigen Saison, durch vollendetes Eleganz der Haltung, durch seinen Humor der Darstellung und durch leidenschaftlichen Gesang die vorzüglichste Bierde fand. Fräulein Minor (Gräfin) repräsentirt ihre Entzücktheit für die alten Griechen in witzhafter Weise und war im Gesänge, wie immer tüchtig und schlagfertig. Herr Lettinger (Baculus) blieb hinter manchem seiner Vorgänger in der Entfaltung einer drastischen Komödie etwas zurück, doch gelang es seiner schäzenwerthlen Routine, daß Zedler minder fühlbar zu machen und das Publikum in den Hauptmomenten der Rolle für sich zu gewinnen, z. B. in der wohl pointiert gefüllten Arie: „Fünftausend Thaler“, wo dem spießbürglerlichen Pädagogon der Hochmuth in höchst ergötzlicher Weise in die Glieder fährt. Gretchen, die nicht sehr beglückte Schulmeisterbraut, wurde von Fräulein Jahn recht anmutig gesäßt, dabei mit einer Energie, die in dem würdigen Pantoffelhelden mit Bestimmtheit ohnen läßt. Die talentvolle Soubrette sah sich sogar durch einen ihr zugewiesenen Blumenstraß gefestet. Einige Kürzungen könnten der Oper nichts schaden, die durch den Reichthum an Dialog gar zu sehr in die Länge gezogen wird und eine Dauer von über drei Stunden in Anspruch nimmt.

M.

